Fokus 1

Übergangswohnungen: zwischen Nothilfe und Stabilisierung (französisch)

Kurzbeschrieb

Der Zugang zu Wohnraum ist ein soziales Grundbedürfnis und eine grosse Herausforderung für Menschen in schwierigen Situationen. Das Recht auf Wohnen ist daher in der Bundesverfassung verankert, wenn auch nicht als einklagbares Recht.

Im Kanton Genf betrug die Leerwohnungsziffer am 1. Juni 2024 0,46 Prozent. Eine besorgniserregende Situation, die sich seit vielen Jahren so präsentiert. Das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) weist regelmässig darauf hin, dass eine Leerwohnungsziffer von unter einem Prozent einer strukturellen Knappheit entspricht, bei der sich der Zugang zu Wohnraum sehr komplex und kompetitiv gestaltet. Für Personen, die nicht der «Idealvorstellung» der Mieterin oder des Mieters entsprechen, akzentuieren sich diese Schwierigkeiten zusätzlich. Wie ein Bericht zur Armut im Kanton Genf bereits 2016 hervorhob, werden schwierige Wohnsituationen (ungeeignete, überbelegte oder das Haushaltsbudget zu stark belastende Wohnung) so zum Indikator für Armut oder prekäre Verhältnisse.

In diesem Kontext bietet die **Abteilung Übergangswohnungen (Unité logement temporaire, ULT)** des Sozialdienstes der Stadt Genf mit ihrem Wohnungspark einen Lösungsansatz für Personen, denen der Zugang zu klassischem Wohnraum erschwert ist. Die Zielgruppe sind Menschen in schwierigen Situationen, die häufig mehrere Problematiken kumulieren, zum Beispiel ein tiefes Einkommen oder eine prekäre Erwerbssituation, ein fehlendes Netzwerk, gesundheitliche Probleme, Schulden, Schwierigkeiten in administrativen Belangen oder familiäre Probleme.

Dieser Fokus soll zeigen, wie das **ULT**-Dispositiv organisiert ist und wie es sich zu anderen Vereins- oder institutionellen Strukturen verhält. Ausserdem betrachten wir die Erfolgsfaktoren für die Begleitung Betroffener sowie die Grenzen, an die wir in den letzten zehn Jahren gestossen sind.

Links

https://www.geneve.ch/themes/social/aide-sociale-financiere

https://statistique.ge.ch/domaines/09/09_02/tableaux.asp#7

https://viz.bfs.admin.ch/assets/09/ga-09.03.04/de/index.html

https://www.bwo.admin.ch/de/indikatoren-des-wohnungsmarkts

https://www.ge.ch/document/rapport-pauvrete-canton-geneve

Städteinitiative Sozialpolitik
c/o Stadt Winterthur, Departement Soziales
Pionierstrasse 7, 8403 Winterthur
Telefon +41 52 267 59 57, info@staedteinitiative.ch
www.staedteinitiative.ch

Kontakt

Sozialdienst (SOC) der Stadt Genf

Radek Maturana
Stv. Leiter

Rue Dizerens 25
1205 Genève
Tel. +41 22 418 47 15
radek.maturana@geneve.ch

Fokus 2

Zusammenarbeit mit Vermieter:innen: Chancen und Herausforderungen (deutsch)

Kurzbeschrieb

Als gemeinnütziger Verein vermitteln wir seit über 30 Jahren Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt an sozial benachteiligte Personen. Die Benachteiligung zeigt sich oft in Form von sprachlichen, finanziellen oder gesundheitlichen Hürden.

Damit Wohneigentümer:innen und Liegenschaftsverwaltungen bereit sind, unseren Klient:innen Mietverträge anzubieten, braucht es eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Zusätzlich können wir den Vermieter:innen finanzielle und soziale Garantien anbieten. Wir sehen uns als vermittelnde Instanz zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen. Dennoch stellen sich immer wieder Fragen im Umgang mit Vermieter:innen, die herausfordernd sind und diskutiert werden müssen.

In dieser Fokus-Gruppe diskutieren wir:
- Welche Ansätze sich in der Zusammenarbeit mit Vermieter:innen bewährt haben
- Wie Vermieter:innen überzeugt werden können, Wohnraum an benachteiligte Personen zu vermieten
- Wo rote Linien verlaufen, jenseits derer ein Mietverhältnis nicht mehr tragbar ist – und wie in solchen Fällen Unterstützung für Betroffene gestaltet werden kann
- Welche Rolle Sozialbehörden spielen können.

Ziel der Fokus-Gruppe ist es, Erfahrungen auszutauschen, Good Practices zu identifizieren und Herausforderungen gemeinsam zu reflektieren.

Link

https://www.ig-wohnen.ch/

Kontakt

Melanie Nussbaumer
Geschäftsleiterin von IG Wohnen

melanie.nussbaumer@ig-wohnen.ch

Steinengraben 42
4051 Basel

Fokus 3

Wie Sozialdienste und private soziale Einrichtungen gut zusammen arbeiten können (deutsch/französisch)

Kurzbeschrieb

Abteilung Soziales Stadt Biel und Casanostra, Verein für Wohnhilfe

Ausgangslage der Stadt Biel im Zusammenhang mit dem Wohnraum für armutsbetroffene Menschen war in den 90ern die Wohnungsnot und die Rückführung von suchtkranken Menschen in die angestammten Gemeinden (Obdachlosigkeit, Sichtbarkeit). Daraus resultierte die Verordnung über die Wohnungsfürsorge als öffentlicher Auftrag 1989 (SGR 8.6-1)
Weitere Faktoren:

- Hohe Sozialhilfequote
- Leerwohnungsbestand
- Wohnungspark
- Mietzinslimiten
- Ressourcenausstattung Sozialhilfebeziehende
- Herausforderungen in Bezug auf die Obdachsicherung
- Alternative Angebote bezüglich Wohnraum in der Stadt Biel

Was bietet Casanostra?

- Eigenen und zugemieteten Wohnraum für armutsbetroffene Menschen
- Begleitung im eigenen Wohnraum (Prävention, Mediation mit der Nachbarschaft, Wohnkompetenz, Verlust von Wohnraum, admininstrative Unterstützung)
- Begleitung im Wohnraum von Casanostra (Abklärung Wohnkompetenz, soziale Integration, Vernetzung, administrative Unterstützung,)
- Wohnraumsuche (Vermittlung von Wohnraum, Coaching, administrative Unterstützung)

Wie arbeitet die Abteilung Soziales Biel und Casanostra zusammen?

- Gesetzliche Grundlage ist Art. 1 ff. Verordnung 20. Januar 1989 über die Wohnungsfürsorge vom (SGR 8.6-1); in dem die Stadt Biel einen öffentlich rechtlichen Auftrag an Casanostra auslagert
- Formale Grundlagen der Zusammenarbeit (Leistungsvereinbarung, ZAV, Kooperationsvereinbarung)
- Strategische und operative Austauschgefässe
- Weiterbildungs- bzw. Einarbeitungsmöglichkeiten

Wie läuft die Vermittlung zu privaten Immobilienbesitzenden?

- Vernetzung mit Wohnbaugenossenschaften in verschiedenen Gefässen (IG Biel-Seeland, Regionalverband Bern-Solothurn)
- Kooperationen mit Wohnbaugenossenschaften, wie mit biwog an der Wasenstrasse und Gurzelenplus im Vorstand und in der Baukommission

Was sind die Erfolgsstories? Als Inspiration für andere Städte

- Jahrelange Zusammenarbeit (Vertrauen, Transparenz)
- Regelmässiger Austausch und Anpassungen der formalen Grundlagen
- Differenziertes Dienstleistungsangebot für das Wohnen
- Politische Akzeptanz und Legitimierung
- Casanostra verfügt über: eigenen Wohnraum, Qualitätssicherung, qualifiziertes Personal in den Verschiedenen Bereichen (Finanzen, Liegenschaft und Soziales)
- Vernetzung mit anderen Anbietern oder Einsitznahme in Vorständen von Dachorganisationen, Genossenschafften (Gurzelenplus, Wohnkonferenz des Kantons Bern, Dachverband sozialer Institutionen Biel, Wohnbaugenossenschaft Schweiz Regionalverband Bern-Solothurn, IG BIEL-SEELAND, paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe Gemeinnütziger Wohnungsbau Stadt Biel, weitere politische Gefässe)
- Enge Zusammenarbeit im Netz (Casmanagement)
- Casanostra kennt den Wohnungsmarkt sehr gut

Links

https://www.biel-bienne.ch/de/soziales.html/800
https://www.biel-bienne.ch/de/sozialhilfe.html/582
https://casanostra-biel.ch/
https://biel-bienne.tlex.ch/app/de/texts_of_law/8.6-1

Kontakt

David Gilbert, Leiter Sozialdienst, Abteilung Soziales Biel
david.gilbert@biel-bienne.ch; 032 326 25 41 / 078 655 35 68
Daniel Bachmann
Geschäftsführer Casanostra- Verein für Wohnhilfe
A.Hallerstrasse 11, Postfach 335, 2501 Biel
032 323 13 13 / 079 698 03 60

Fokus 4

Verhinderung von Zwangsräumungen und Erhalt der Wohnung mit sozialem Wohnungshilfesystem (französisch)

Kurzbeschrieb

Im Rahmen ihrer Sozial- und Eingliederungspolitik bietet die Stadt Lausanne seit rund 15 Jahren eine spezifische Dienstleistung an, die bezweckt, bei Zwangsräumungsverfahren einen Ausweg für die Betroffenen zu finden.

Eine Zwangsräumung ist aufgrund der finanziellen Kosten, aber auch der damit einhergehenden traumatisierenden Aspekte erwiesenermassen ein bedeutendes Prekarisierungsrisiko. Die Stadt Lausanne hat deshalb eine Strategie entwickelt, um so weit wie möglich zu verhindern, dass Menschen auf der Strasse landen.

In diesem Fokus stellen wir diese Dienstleistung der Wohnhilfe vor, die ein Eingreifen bei drohender Zwangsräumung ermöglicht. Dank Partnerschaften mit juristischen und sozialen Instanzen sowie Vermietern wird sichergestellt, dass die betroffenen Haushalte ihre Wohnung behalten können oder – sollte dies nicht mehr möglich sein – eine neue Wohnung finden. Das Sozial- und Bewirtschaftungsteam der Wohnhilfe interveniert in unterschiedlichen Etappen und manchmal auch längerfristig. Der Fokus liegt dabei auf Faktoren, die Selbstständigkeit fördern, denn es soll verhindert werden, dass sich die Betroffenen zu einem späteren Zeitpunkt abermals in einer solchen Situation wiederfinden.

Zunächst werden wir den Kontext und die Dienstleistung vorstellen und anhand einiger Fallbeispiele veranschaulichen. Anschliessend werden wir uns gemeinsam zu den Lösungsansätzen zur Verhinderung von Prekarisierung durch Zwangsräumung austauschen.

Link

Expulsion du logement ou situation problématique: Soutien et conseils – Ville de Lausanne

Kontakt

Rachèle Féret, Leiterin Wohnhilfe, Stadt Lausanne, SISP, rachele.feret@lausanne.ch

Fokus 5

Austausch mit Personen mit Armutserfahrungen über die Hürden rund ums Wohnen (deutsch/französisch)

Kurzbeschrieb

Was sind die Hürden auf der Suche nach Wohnraum, wie ist die Erfahrung mit der Stadtverwaltung? Was trägt zur Stigmatisierung von Menschen in prekären Verhältnissen bei?

Wir wissen, dass in vielen Städten Wohnungsnot herrscht - für die armutsbetroffene Bevölkerung ist es so noch schwieriger, eine passende und bezahlbare Wohnung zu finden. Und manchmal will man uns auch gar nicht in der Gemeinde haben, aus Angst vor Sozialhilfebezug, Problemen in der Schule oder dass wir uns nicht anpassen können – dieses Abgestempeltwerden, oft über Generationen hinweg, behindert uns extrem bei der Wohnungssuche. Gleichzeitig ist eine sichere Wohnung die Basis, um andere Dimensionen der Armut zu bewältigen – die Unterstützung dafür ist längerfristig also auch wirtschaftlich interessant.

Oft wird in Übergangslösungen gedacht, anstatt mit uns zusammen einen Plan zu machen, wie wir dauerhaft an einem guten Ort leben können. Die Unterstützung bei der Wohnungssuche und beim Halten einer Wohnung sollte eine vorrangige Aufgabe der Sozialämter sein.

Positive Erfahrungen:
- Um eine geeignete Wohnung zu finden, ist es enorm hilfreich, ein gutes Netzwerk zu haben. Man soll sich nicht verstecken, sondern überall sagen, dass man eine Wohnung sucht.
- Wertvoll sind niederschwellige Beratungsangebote, wo man sich informieren und unter anderem auch Hilfe bei der Bezahlung einer Mietkaution erhalten kann.
- Es ist wichtig, seine Rechte zu kennen. Nur so kann man für seine Mietrechte einstehen und sich nötigenfalls wehren. Unentgeltliche Rechtsberatung ist deshalb notwendig.
- Um das Vertrauen eines Vermieters zu gewinnen, reicht eine Mietkaution oftmals nicht. Mehrere Personen berichten von positiven Beispielen, dass eine Person aus ihrer Familie oder ihrem Umfeld für sie finanziell gebürgt hat, damit sie einen Mietvertrag abschliessen konnten.
- Glücklicherweise gibt es auch noch private Vermieter, die Menschen in Not eine Wohnung zu einem fairen Preis angeboten haben.

Link

Forschungsbericht «Beziehungen zwischen Institutionen, der Gesellschaft und Menschen in Armut in der Schweiz: eine Gewalterfahrung, die weitergeht» (ATD Vierte Welt 2023)

Kontakt

Verein ATD Vierte Welt, Crausa 3, 1733 Treyvaux
contact@atd.ch
+41 26 413 11 66
Annelise Oeschger und Christian Vukasovic, Projektteam « Armut – Identität – Gesellschaft», ATD Vierte Welt Schweiz